



Interpellation Nr. 546 2004/2009

Eingang Stadtkanzlei: 26. Oktober 2009

Landverkauf Unterlöchli: Ist die Stadt übervorteilt worden?

Am 25. Oktober stimmten die Mitglieder der Katholischen Kirchgemeinde Luzern über einen Baukredit von 57,7 Millionen Franken ab und stimmten klar zu. Verständlich: Für die katholische Kirche ist diese Überbauung ein Bombengeschäft: Sie „veredelt“ damit das zu Dumpingpreisen von der Stadt Luzern eingekaufte Land. Zur Erinnerung: In der Sitzung 58 vom 4. Juni 2009 hat das Parlament Ja zu diesem Landverkauf gesagt, gegen die geschlossenen Stimmen der SVP.

Die SVP stellte sich in den Beratungen zu diesem Geschäft auf den Standpunkt, dass die kalkulierten Preise für die STWE-Wohnungen, aufgrund dieser dann der Landpreis errechnet wurde, viel zu tief angesetzt wurden, also tief unter den Marktpreisen zu liegen kämen. In den Beratungen wurde behauptet, gestützt auf eine Verkehrswertschätzung der Redinvest Immobilien AG, welche von der Stadt in Auftrag gegeben wurde, mehr als maximal Fr. 700'000.– Franken seien für eine Eigentumswohnung nicht zu erzielen. Gemäss B+A 7/2009 vom 18. März 2009: „Verkauf von Teilflächen ab den Grundstücken 2970 und 3529, rechtes Ufer, Unterlöchli, GB Luzern-Stadt“, Seite 10, würde eine Eigentumswohnung von 110 m², je nach Lage, zwischen Fr. 500'000.– bis Fr. 560'000.– kosten. In der Ratsdebatte wies die SVP daraufhin hin, dass ein Eigentümer schon nach ein bis zwei Jahren dieselbe Wohnung für bis zu 800'000 Franken verkaufen könnte.

Die katholische Kirchgemeinde hat nun die Katze aus dem Sack gelassen: So kosten nun die Eigentumswohnungen zwischen Fr. 430'000.– und Fr. 949'000.– (aus dem Abstimmungsbüchlein der Kirchgemeinde, S. 8).

Zu diesem Sachverhalt stellen sich für die SVP einige Fragen:

1. Wie erklärt der Stadtrat nun die vor allem nach oben massiven Preisdifferenzen zum B+A 7/2009?
2. Ist damit nicht der Beweis erbracht, dass die Entgegnung der SVP, die Landpreise seien viel zu tief angesetzt worden, entgegen den Beteuerungen des Stadtrates, eben doch den Tatsachen entspricht?

3. Ist damit definitiv der Beweis erbracht worden, wie von verschiedenen Seiten bemängelt wurde, dass mit diesem Geschäft die finanziell Not leidende katholische Kirchgemeinde massiv indirekt subventioniert wurde?
4. Widerspricht dies nicht jeglichen ordnungs- und staatspolitischen Grundsätzen (die katholische Kirchgemeinde ist eine eigenständige Körperschaft), wenn eine Gemeinde (die Einwohnergemeinde Luzern) eine andere Gemeinde (die Katholische Kirchgemeinde Luzern) finanziell unterstützt?
5. Ist mit diesen neuen Zahlen nicht auch der Beweis erbracht worden, dass, wie die SVP in den Beratungen bemängelte, das Gutachten der Redinvest Immobilien AG erhebliche Mängel aufwies, aufgrund dessen dann der Landpreis viel zu tief angesetzt wurde?

Anton Holenweger
namens der SVP-Fraktion